

Sie verbreitet, was sie verhindern soll: Nobelpreis 2006 für UN-Atomagentur: Der Brandstifter als Edelmann¹

IAEA-Kontrolle der Bombenpläne – von Indien bis Iran: Illusionen im Dutzend

Unter Mithilfe oder Duldung der Regierungen ihrer Mitgliedstaaten täuscht die in Wien ansässige Internationale Atomenergiebehörde der Vereinten Nationen (IAEA, oft auch IAEO) die Weltöffentlichkeit permanent und zweifach: Sie gibt vor, die weltweite Verbreitung von Atomwaffenmaterial zu verhindern und kann diese doch nicht einmal wirksam kontrollieren; und sie verharmlost systematisch die Risiken der zivilen Atomnutzung und verkauft diese immer noch als „friedlich“. Die IAEA verdiente dafür keinen Preis, und den Friedensnobelpreis schon gar nicht.

Doppelte Täuschung

Die heutigen Reaktoren, einschließlich des „neuen“ Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) sind die direkten Erben der Atommeiler in Hanford (USA), deren einziger Zweck es war, das nötige Plutonium für die Atombombe des Jahres 1945 zu erzeugen.

Gemäß ihren 1957 verabschiedeten Statuten hat die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEA) „das Ziel, den Beitrag der Atomenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand in der ganzen Welt zu erhöhen und

zu beschleunigen.“ Auf der Grundlage des Nichtverbreitungsvertrages (Non-Proliferation Treaty, NPT) organisiert die IAEA den Zugang von Staaten zur sogenannten „friedlichen“ Atomkraft, die diesen Zugang in Wirklichkeit als Weg zur Atomwaffnung nützen. Jedes Land, das heute über Atomwaffen verfügt, verdankt dies dem Umstand, daß es auch einen oder mehrere zivile Atomreaktoren besitzt. Die IAEA täuscht die Öffentlichkeit daher zweifach:

- Die IAEA täuscht, indem sie vorgibt, ihre Inspektionen verhinderten den Zugang der Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags



Maria Fischer (r.) und ein Greisberger-Dirndl als zivil-militärischer Atomzwilling in der PLAGE-Delegation bei der Demonstration gegen das AKW Temlin (Prag, 90er Jahre)

(NPT) zur Atomwaffe. Indien, Pakistan und Israel haben sich bereits zum „Atomklub“ der fünf „Großen“ (USA, Rußland, China, GB, Frankreich) gesellt. Die jüngste Vergangenheit (Iran, Nordkorea usw.) bestätigt das offenkundige Scheitern der IAEA. Auch die wohl kommende südamerikanische Großmacht Brasilien und andere Staaten waren schon viel näher an der A-Bombe, als die

IAEA wahrnahm oder wahrhaben wollte.

- Die IAEA täuscht die Öffentlichkeit, indem sie die Wahrheit über die zivile Atomnutzung und deren Auswirkungen verschleiert. Ganz aktuell, am 5. September 2005, hat sie einen Bericht vorgestellt, der die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe massiv verharmlost.²

Fortsetzung Seite 3

1) Frei nach Molière. – Diese IAEA-Bestandsaufnahme von PLAGE-Vorsitzendem Heinz Stockinger erschien auch in „guernica“ 7/2005, der Zeitung der Werkstatt Frieden & Solidarität, Linz.

2) Diese Verharmlosung analysiert beeindruckend das Strahlentelex Nr. 450-451 vom 6.10.2005 unter dem Titel „Tschernobyl-Folgen: Katastrophale Sprachregelung“. Strahlentelex@t-online.de; www.strahlentelex.de; T: 0049-(0)30-435 28 40, F: 64 32 91 67.

ANTI ATOM SZENE

Obfrau des Forums
für Atomfragen (FAF):

„Wissen-
schafterin des
Jahres 2005“



Nicht nur die
PLAGE hat
Hilga
KROMP-KOLB
von der Uni-
versität für Bo-
denkultur in

Wien immer wieder als uner-
müdliche, akribisch genaue
und vorausschauende Arbei-
terin im Weinberg des Um-
weltschutzes und als unauf-
dringlichen, von tiefer Ethik
beseelten Charakter erlebt.
Zuletzt als Teilnehmerin an
unserer Atom-Völkerrechts-
konferenz im Oktober 2005
(> PN 2/05 und 3/05). Seit
Jahren ist die Meteorologin
und Klimaforscherin auch
Vorsitzende des Beratungs-
gremiums der Bundesregie-
rung „Forum für Atomfragen“
(FAF) – die Rolle der Meteo-
rologie in der Beurteilung der
Ausbreitung von Radioakti-
vität ist seit der „Tschernobyl-
Wolke“ 1986 vielen bewusst.
Die Wahl der Wissenschafter-
in des Jahres hätte auf keine
verdientere fallen können.

● BUCHTIPP:

H. Kromp-Kolb/H. Formayer:
**Schwarzbuch Klimawandel.
Wie viel Zeit bleibt uns
noch?** – Ecowin-Verlag,
Salzburg 2005, 222 Seiten.

24. September 2005

Nuclear-Free Future Award für Mathilde Halla (OÖ)

Nach dem Goldenen
Verdienstzeichen
des Landes Ober-
österreich im Juni



C. Biegert mit M. Halla

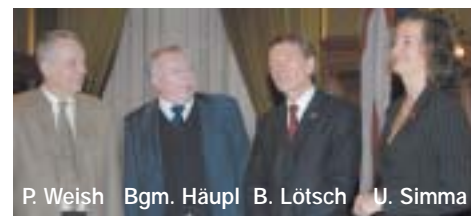
2005 – gleichsam zu ihrem Abschied als langjährige Obfrau der Oö. Plattform gegen Atomgefahr - erhielt Mathilde Halla am 24. September in Oslo (Norwegen) den Nuclear-Free Future Award für ihr Anti-Atom-Lebenswerk. Der Preis wird jährlich von der Franz-Moll-Stiftung (München) an Personen vergeben, die sich im Kampf gegen die Atomindustrie engagieren und die „Wegbereiter einer Welt ohne Atomwaffen und ohne Atomstrom sind, einer Welt der erneuerbaren Energien. Vom Engagement dieser Menschen hängt auch unser Wohl und das Schicksal zukünftiger Generationen ab.“ Bei Mathilde Halla

reicht die Kette des Einsatzes von den Erfolgen gegen das geplante zweite österreichische AKW in Stein-St. Pantaleon an der Enns Mitte der 1970er Jahre und gegen „unseren“ ersten gebauten Atommeiler in Zwentendorf 1978 bis zu den großen grenzüberschreitenden Auseinandersetzungen: „Aus“ für die WAA Wackersdorf 1989, und dann der zähe Kampf gegen das AKW Temelin und das tschechische Atomprogramm.

Der 1998 von Claus Biegert und Christa Lubberger geschaffene Preis wird in den Kategorien Widerstand, Aufklärung, Lösungen und Lebenswerk vergeben. Preisträger vergangener Jahre sind unter anderen Mordechai Vanunu (israelischer Atomphysiker, der 1986 über Israels geheimen Atombombenbau informierte und erst voriges Jahr aus 18 Jahren Haft entlassen wurde – in den Hausarrest) oder Helen Clark, der es zu verdanken ist, dass sich Neuseeland als erstes Land der Erde zu einem atomfreien Staat erklärt hat. Und erst im vergangenen Jahr wurde die Galionsfigur des Naturschutzes und der Antiatom-Bewegung in Vorarlberg, **Hildegard Breiner**, mit dem NFFA ausgezeichnet – ebenfalls für ihr Lebenswerk.

Auszeichnungen für Peter Weish und Bernd Lötsch

Zwei Galionsfiguren der Umweltbewegung in Österreich, der Humanökologe Univ.-Doz. Peter Weish und Univ.-Prof. Dr. Bernd Lötsch, Direktor des Naturhistorischen Museums in Wien, wurden am 9. März vom Land Wien ausgezeichnet. Peter Weish, der bis heute gegen die Atomenergie aktiv ist und an den Antiatominitiativen Anteil nimmt, bekam im Wiener Rathaus von Umwelt-Stadträtin Ulli Sima das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht. Bernd Lötsch, wenn es darauf ankommt immer noch ein beredter Anwalt der Atomfreiheit und umweltgerechter Energiepolitik, erhielt das Goldene Ehrenzeichen. Die PLAGE freut sich für die beiden!



P. Weish Bgm. Häupl B. Lötsch U. Simma

BRIEF AUS INDIEN

Liebe Solar-Familie und Freunde!

Dank Gottes Hilfe und Eurer ständigen Unterstützung hat unsere Firma Gadhia Solar Energy Systems auf der ICORE-Messe 2006 in Haiderabad den „**Business-Leadership-Preis 2005 für Wärme von der Sonne**“ erhalten. Verliehen wird dieser Preis von der Solar Energy Society of India (SESI). SESI ist Mitglied der Internationalen Solarenergie-Vereinigung ISES. Wir freuen uns, daß damit der Teamgeist und die Mühe unserer Firma anerkannt wurde, die Parabol-Sonnenspiegel von Dr.-Ing. Dieter Seifert und Wolfgang Scheffler in Indien heimisch zu machen. Wie jede Pionierarbeit war der Weg anfangs steil und mühselig. Ständig steigende Energiekosten, Umweltdesaster und globale Erwärmung lassen die Menschheit aber erkennen, dass erneuerbare und saubere, grüne und nachhaltige Technologien die bestmögliche gangbare Option darstellen.



Liebe und sonnige Grüße –
Shirin und Deepak Gadhia & die Teams
von Gadhia Solar & Eco Center ICNEER

Der Bock ist schon lange der Gärtner

Indem sie Staaten bei der Entwicklung einer eigenen Atomindustrie hilft, handelt die IAEA wie ein Feuerwehrmann, der mit der einen Hand das Risiko verschlimmert, das er mit der anderen bekämpfen und kontrollieren soll: zuerst den Brand stiften, den man dann löschen soll.

Anders ausgedrückt: Die IAEA ist wie ein Parteifunktionär, ein Politiker, eine Partei, die sich über die Auswüchse des Neoliberalismus erregen und einiges gegen dessen Symptome unternehmen, **nie** aber etwas gegen die **Wurzeln**. Denn das hieße, dem Neoliberalismus als solchem eine Absage zu erteilen, von Grund auf umzusteuern, sich mit bisherigen Verbündeten - in der Politik, v.a. aber in der Konzernwirtschaft - anzulegen.

Was die IAEA tatsächlich erreicht hat, ist, daß heute 35-40 Länder Atomwaffenpotential haben. Sogar IAEA-Generaldirektor Mohamed El Baradei gibt zu, daß 35 – 40 Länder mit Atomkraftnutzung fähig sind, binnen einiger Monate eine Atomwaffe zu entwickeln (The Economist, 16. 10. 2003).

In den aktuellen Fällen Irak, Nordkorea und Iran hat die IAEA Technologie und Fachwissen von Rußland und den westlichen Atomstaaten vermittelt. Einfache Tricks wie Nordkoreas Austritt aus dem NPT, nachdem es sich besagte Technologie verschafft und erste Atomwaffen hergestellt hatte, vermag die IAEA nicht zu verhindern.

Wenn man der IAEA - und den Welt„eliten“ - hier zwar Vogelstraußpolitik vorwerfen muß, ihr aber unter Umständen noch redliches Bemühen beim Löschen der Brände zugestehen könnte, offenbart sich an anderem ihre falsche „Moral“, die Scheinheiligkeit der ganzen Konstruktion ganz deutlich: Nie Protest oder gar Umorientierung nach dem Atomtest eines neuen Atomwaffenstaates; **mit Schweigen hat sie jeden Atomtest begrüßt, diese Demonstration ihrer Unfähigkeit, den Mißbrauch sog. friedlicher Atomtechnologie für militärische Zwecke zu verhindern.**

Anstatt die Rolle der zivilen Atomkraft zu verschleiern, täte die IAEA besser daran, etwa die Verwendung von Plutonium aus Kernkraftwerken für Bombenbau ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Aber eben: von all ihren zahlreichen Inspektionen in den Verdachtsländern ist die IAEA mit leeren Händen zurückgekehrt.

„Aber IAEA-Generaldirektor Mohammed El Baradei hat doch den Lügen der Bush-Regierung über Massenvernichtungswaffen, die die USA zur Rechtfertigung ihres Angriffs 2003 auf den Irak benutzten, mutig die Stirn geboten“, lautete die Begründung mancher Friedensorganisationen, um die Nobelpreisverleihung an die IAEA zu begrüßen. Sein hartnäckiger und geschickter Widerstand gegen die Absichten im Bush verdienen Achtung. Jeder Mensch in einer Funktion wie der des Atomagentur-Leiters vermag aber ausreichend schizophoren zu sein, um das Übel weiter zu fördern, das er persönlich ernsthaft zu bekämpfen meint. Abseits vom honorigen Erscheinungsbild kommt man um die Feststellung nicht umhin: An der großen, doppelten Lüge der IAEA nimmt ihr Direktor Mohammed El Baradei naturgemäß nicht nur teil, sondern wirkt an ihr aktiv mit - diese Lüge ist statutengemäß Inhalt und Zweck seines Amtes.

Und vielleicht ist sogar die Ansicht von J.-M. Brom und S. Lhomme in Le Monde vom 15.10.2005 nicht bloß überskeptisch und unfreundlich, sondern schlicht und einfach illusionslos: El Baradeis Widerstand gegen die US-Invasion des Irak „entsprang in keiner Weise einem pazifistischen Engagement. Es ging darum, für die IAEA, deren Generaldirektor er ist, in einem globalen Kontext zu punkten, der eine selten günstige Gelegenheit bot. Denn es genügte ... nichts zu finden!“



Tschernobyl aus dem Gedächtnis tilgen: Strahlung, Atom Müll, Terrorziel – aber Atomkraft harmlos?

Seit eh und je in die Irre führt die IAEA die Menschen weltweit auch hinsichtlich der zivilen Atomnutzung als solcher. Durch die Förderung und Verbreitung der atomaren Brennstoffkette und von Mini-Atomtechnologien (zB Lebensmittelbestrahlung, angestrebt auch zur Meerwasserentsalzung), durch Verheimlichung oder Verharmlosung der tatsächlichen Auswirkungen radioaktiver Strahlung trägt sie Tag für Tag zu Belastungen für Umwelt und Gesundheit bei.

Von ihrer Herbstkonferenz 1986 in Wien bis heute hat die IAEA alles daran gesetzt, das wahre **Ausmaß der Katastrophe von Tschernobyl vor der Öffentlichkeit zu vertuschen.** 1991 behauptete sie, es gebe keine Gesundheitsstörungen, die direkt einer Strahlenbelastung zugeordnet werden könnten, obwohl den Fachleuten bereits damals nachweislich die Befunde für den massiven Anstieg des Schilddrüsenkrebses vorlagen: allein im Jahr 1990 lag in Belarus die Zahl der Neuerkrankungen an **Schilddrüsenkrebs bei Kindern bereits mehr als 30-fach** über dem 10-Jahres-Mittelwert vor Tschernobyl. Indem die IAEA für die Förderung der Atomenergie eintritt, nimmt sie

auch bewußt das Risiko weiterer Unfälle in Kauf. All dies ist indirekt ebenfalls eher konflikt- als friedensfördernd.

Zu dieser „Struktur der Täuschung“ gehört – wenig bekannt, aber zentral – die **Knebelung der Weltgesundheitsorganisation (WHO):** Kraft eines Übereinkommens von 1959 verbietet die IAEA der WHO, sich ohne ihre Zustimmung zu den gesundheitlichen Folgen der Atomenergie zu äußern. Und zwar egal, ob es um Hiroshima und Nagasaki, um Tschernobyl oder sonst eine Nuklearangelegenheit geht. Daran sieht man klar, daß **die IAEA, weit davon entfernt zum Wohlergehen der Menschheit oder auch nur zu einem friedlicheren Zusammenleben beizutragen, als oberstes Ziel hat, das Wohlergehen einer Industrie zu fördern, die ihre Herrschaft auf den Trümmern von Hiroshima und Nagasaki errichtet hat.**

Es steht nun zudem zu befürchten, daß die IAEA das Ansehen des Nobelpreises dazu nutzt, noch mehr atomare Luntten auf der Erde zu legen, sprich zur angestrebten „Auferstehung“ der Atomenergiewirtschaft in Uranminen, Urananreicherungsanlagen, AKWs mit dem Rattenschwanz Jahrtausendlagerung des Atom Mülls hinterdrein noch kräftiger die Trommel zu rühren.

Den Drachen, den sie aushungern soll, nicht weiter füttern!

Der 50 Jahre alte Pakt mit dem Teufel



Die „Perlen“ der IAEA-Direktoren nach Tschernobyl

– Hans BLIX, schwedischer Vorgänger des Ägypters Mohammed El-Baradei, erklärt sechs Wochen nach dem Super-GAU bei der Eröffnung der European Nuclear Conference in Genf, dem alle vier Jahre stattfindenden Kongreß der europäischen Atomindustrie (ENC '86): „Tschernobyl hat nicht mehr Tote verursacht als das Fußballspiel im Heysel-Stadion vor einem Jahr.“ Die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen einheimischen und FC-Liverpool-Fans hatten 39 Tote gefordert.

(AFP, 2.6.1986)

– Morris ROSEN, der Leiter der Abteilung Nukleare Sicherheit in der IAEA, auf der Tschernobyl-Konferenz im August 1986 in Wien: „Selbst wenn es jedes Jahr einen solchen Unfall gäbe, würde ich die Kernkraft als eine interessante Energieform betrachten.“ (Le Monde, 28.8.1986)

– „(...) Der Bereich zwischen 10 und 30 km um das Kraftwerk kann ab dem heurigen Jahr wiederbesiedelt werden,“ gab der Generaldirektor der IAEA Hans BLIX in einer Pressekonferenz an, der mit zwei seiner Stellvertreter, Morris ROSEN und Leonid KONSTANTINOV, gerade eine Woche in der Ukraine verbracht hatte.

(AFP, 16.1.1987)

unter dem Motto „Atome für den Frieden“ muß ein für allemal gebrochen werden. Es gibt nicht zwei Arten Atomtechnik und Atommaterial: Atome für den Frieden und Atome für den Krieg sind zwei Seiten einundderselben Münze.

Um eine echte Friedenskraft zu werden und den Nobelpreis zu verdienen, muß die IAEA

- **aufhören, eine Agentur für die Atomenergie zu sein** und beginnen, ihre Kompetenzen für die Befreiung der Erde sowohl von militärischen als auch der nichtmilitärischen Atomplage einzusetzen. Ein solches Programm bedeutet auch, Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages einzuhalten und effektiv umzusetzen, der von den fünf offiziellen Atommächten die Beseitigung ihrer Arsenale verlangt, und die inoffiziellen Nuklearmächte wie Israel, Indien und Pakistan in den NPT einzubinden (und Nordkorea zur Rückkehr in den NPT zu bringen). Es bedeutet auch,
- im NPT-Artikel 4 das „Recht auf Atomenergie“ durch das „Recht auf Erneuerbare Energien“ zu ersetzen. (Schaffung einer UN-Organisation für Erneuerbare Energie, einer International Renewable Energy Agency/IRENA.) Am ehesten ist so der Doppelbedrohung von atomarer Weiterverbreitung und globaler Erwärmung zu begegnen.
- Dafür und für die Lösung der Fesselung der Weltgesundheitsorga-

nisation WHO durch die IAEA müssen Staaten wie Österreich eine gemeinsame Initiative entwickeln. Anstatt die Internationale Atomenergieagentur kritiklos zu glorifizieren, wie zB BP Heinz Fischer anlässlich der Nobelpreis-Verkündigung im Oktober 2005.

Angesichts des abgeschminkten Bildes der IAEA klingt es wie ein Hohn, daß der Friedensnobelpreis laut Erklärung des norwegischen Nobelkomitees Akte zur Verteidigung der Menschenrechte, zur Vermittlung in internationalen Konflikten und zur Kontrolle der „Waffenarsenale und der Abrüstung“ belohnen will. Dabei hatte das Nobelkomitee die Möglichkeit, Menschen auszuzeichnen, die wahrhaftig für den Frieden agieren:

Dilemma der IAEA – Europa und das Iran-Problem

Frage: Machen wir schon jetzt nichts oder warten wir damit noch ein bisschen?



anlässlich des 60. Jahrestages von Hiroshima und Nagasaki wären Überlebende dieser Atombombenabwürfe würdige Empfänger des Nobelpreises gewesen. Manche sind durch ihre Bücher und Filme bekannt, wie der Comic-Autor und Filmemacher Keiji Nakazawa („Ich war 6 am Tag, als Hiroshima...“). Die Hibakusha Miyoko Matsubara kennen wir in der PLAGE-Salzburg von mehreren Auftritten, die sich hiesigen Schülern tief einprägten, persönlich. Sie und einige andere, die trotz der in ihre Kindeskörper und Kindesseele eingebrannten Atombombe von 1945 die Vortragsreisen durch die ganze Welt durchstehen, widmen ihr ganzes gepeinigtes Leben bis heute der Vermittlung des nuklearen Holocausts an die übrige Welt und an die Nachwelt.

Quellen:

- Réseau Sortir du Nucléaire, 7.10.05, Le Monde 15.10. (Stellungnahme Jean-Marie Brom, Kernphysiker in der zentralen staatlichen Forschungseinrichtung CNRS; Stéphane Lhomme, Sprecher des frz. Atomausstiegs-Netzwerks); Action de Citoyens pour le Démantèlement total du Nucléaire /ACDN, PA 9.10.; PLAGE, 7.10.; ARGE Ja zur Umwelt-Nein zur Atomenergie, 7.10.; Greenpeace-International 26.9. und 11.10.

Links/Literatur:

- Offener Brief von zahlreichen Umweltorganisationen an UNO-Präsident Kofi Annan, Februar 2005: „Förderung der Atomenergie aus dem Auftrag der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) ausklammern“
- Greenpeace Report „The Real Face of the IAEA's Multilateral Nuclear Approaches“: <http://www.greenpeace.org/international/press/reports/IAEA-multilateral-nuclear-approach-report>
- Öst. Ökologie-Institut: Die Internationale Atomenergie-Agentur. Hrsg. Anti Atom International (AAI), Wien, 19...

hot
spots INTERNATIONAL

Slowenisches Atommüll-Lager an Kärntens Grenze gefallen

Das geplante slowenische Atommüll-Lager im Petzenmassiv an der Kärntner Grenze wurde nach zahlreichen Protesten doch wieder fallen gelassen. Jedenfalls vorläufig.

Wie die IAEA funktioniert – Bericht eines Zeugen

Das Zeugnis eines Experten der IAEA findet sich im Buch „Die islamische Bombe“ von Steve Weissmann und Herbert Krozney, erschienen 1981 bei Times Books, New York. Roger Richter war ein von den USA entsandter IAEA-Inspektor für die Überwachung der Nuklearanlagen Israels, Indiens, Pakistans und des Irak. Er hat vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats ausgesagt, wie die IAEA-Inspektoren ihre Kontrollen zum Zweck der Nichtweiterverbreitung atomwaffenfähigen Materials durchzuführen hatten:

„Die Rolle eines IAEA-Inspektors ist auf das (atomare) Material beschränkt, welches Frankreich und der Irak bekanntgegeben haben.“ „Wir sind nicht berechtigt, nach undeklariertem Material zu suchen. Unsere Aufgabe ist es, zu überprüfen, dass die Bilanz der deklarierten Stoffe stimmt, dass darüber richtig Buch geführt wird. Wir sind nicht einmal berechtigt, in den übrigen (nicht deklarierten) Anlagen zu überprüfen, ob der Irak gegen seine Verpflichtungen aus dem Nichtweiterverbreitungs-Vertrag (NPT) verstoßen hat. Und nicht berechtigt, Berichte an die IAEA zu richten, dass sich in diesen Anlagen das Material befindet, welches gegen die Sicherheitsgarantien („safeguards“) verstößt.“

Wie Richter darlegt, könnten die Inspektionen und die atomare Buchhaltung eventuell die Entdeckung jeglicher Abzweigung hochangereicherter Urans erlauben. Es würden damit allerdings wahrscheinlich nicht alle Versuche bemerkt, im – von Frankreich zugesagten – Osirak-Forschungsreaktor* aus einem Uranmantel Bombenplutonium zu erbrüten. *Die IAEA macht die geheimen Aktivitäten nicht zum Gegenstand von*

Untersuchungen,‘ erklärte der ehemalige Inspektor den US-Senatoren. *‘Was die IAEA im Grunde macht, ist Buchhaltung.’*

Obwohl die Kontrollen ohnehin so schwach sind, legte der Irak gegen sein Veto ein und stimmte lediglich Inspektoren aus der UdSSR (Russland), Ungarn und aus Frankreich zu. Als nächstes wurden die Inspektionen auf drei pro Jahr begrenzt, und die Kontrolloren mussten sich mehrere Wochen im Vorhinein ankündigen, selbst wenn sie die Anlagen besuchen wollten, die unter dem Safeguard-Regime der IAEA standen. Die Iraker konnten daraufhin andere Termine vorschlagen und taten das auch. Damit hatten sie es völlig in der Hand, jegliche unerlaubten technischen Vorgänge zu verbergen. *‘Da der gesamte Reaktor binnen einiger Tage von jedwedem Urelement ‚gereinigt‘ werden konnte, standen die Inspektoren einer Situation gegenüber, in der alle Beweise unerlaubter Kernbrennstoff-Anreicherung oder -Erbrütung versteckt werden konnten, bevor sie eintrafen, um das deklarierte Kernbrennstoff-Inventar zu überprüfen.’*

Die IAEA und die US-Regierung haben Richters Aussage mit dem Argu-

ment kritisiert, dass zu dem Zeitpunkt immer noch Verhandlungen mit dem Irak liefen und die von ihm angesprochenen Probleme vor ihrer Lösung stünden. Wir (die Autoren Weissmann und Krozney) haben jedoch im Laufe unserer Recherchen immer wieder dieselbe Kritik am Safeguards-System der UNO/IAEA zu hören bekommen, und zwar aus dem Munde ehemaliger Funktionsträger der IAEA oder von ex-Inspektoren. (...) Keiner jedoch hat seine Kritik öffentlich ausgesprochen – ein wenig wie Zahnärzte, die sich in der Öffentlichkeit auch nicht kritisch über einen anderen Zahnarzt äußern. Roger Richter hat gegen die Klubregeln verstoßen **und wurde zehn Tage, nachdem er ihn von sich aus niedergelegt hatte, von seinem IAEA-Kontrolljob gefeuert.**“

(Quelle: Comité Stop Nogent, F, Nr. 108, Okt.-Dez. 2005)

* **Osirak:** Gegen die Proteste und Warnungen französischer Atomgegner und mancher Wissenschaftler an das Regime von Saddam HUSSEIN geliefert. Das Geschäft wurde insbesondere vom damaligen Premierminister Jacques CHIRAC betrieben. (> Vgl. PN 1/2003)

Französischer Atomgigant in nö. EVN eingekauft

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat sich der französische Atomstromkonzern Électricité de France (EdF) beim niederösterreichischen Landesenergieversorger EVN eingekauft. EdF avancierte so nicht nur zum zweitgrößten Aktionär hinter dem Land Niederösterreich, sondern hält über die deutsche Tochter Energie Baden-Württemberg (EnBW) zudem eine Sperrminorität von 25,1 Prozent (wie 1997 bei der steirischen ESTAG – vgl. damalige PLAGE-Protestaktion in Graz). Um die Meldepflicht der Wiener Börse zu umgehen, sollen die Aktien bei mehreren Banken geparkt worden sein.



Koalitionsabkommen Atom

„Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb kann die am 14. Juni 2000 zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und können die darin enthaltenen Verfahren sowie für die dazu in der Novelle des Atomgesetzes getroffene Regelung nicht geändert werden. Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke hat für CDU, CSU und SPD höchste Priorität. In diesem Zusammenhang werden wir die Forschung zum sicheren Betrieb von Kernkraftwerken fortsetzen und ausbauen.“

CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und gehen die Lösung dieser Frage zügig und ergebnisorientiert an. Wir beabsichtigen in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung zu kommen. In der Atomaufsicht wirken Bund und Länder vertrauensvoll zusammen.“ (Aus dem Koalitionsabkommen vom November 2005)

Wie zahlreiche Aussagen von CDU- und CSU-Politikern und des Chefs der Gewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie inzwischen gezeigt haben, ist das große „Hintertürl“, auf das die Atomwütigen in Deutschland hoffnungsvoll hindrängen, die Verlängerung der AKW-Laufzeiten, um so den Ausstieg hinauszuzögern und später eventuell doch die Atomwende zurück zu schaffen.



„In der Küche geht ja auch mal ein bißchen Backpulver daneben.“

Angela MERKEL. Vor zehn Jahren disqualifizierte sich die nunmehrige deutsche Bundeskanzlerin als Umwelt(!)ministerin und als die Physikerin, die sie von Beruf ist, mit diesem hanebüchenen Vergleich. Damals war gerade bekanntgeworden, daß die Atomülltransportbehälter ein Mehrfaches der gesetzlich erlaubten Strahlung nach außen abgaben. Das Auffliegen der gesetzwidrig hohen Abstrahlung brachte den Atomüllverkehr zwischen deutschen AKWs, der französischen Wiederaufarbeitung in La Hague und dem Atomüll-Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben einige Zeit zum Erliegen. Erinnert die Köchin Merkel nicht an Goethes Zauberlehrling? Hantieren mit hochexplosivem «Pulver» und meinen, man backe harmlosen Kuchen - Merkel'sches Niveau in Sachen Atomkraft... (Süddt.Ztg., 21.11.2005)



Das CLIS-Info wurde „auf der Grundlage von Dokumenten des CEA oder der ANDRA erstellt“.

Und auf keiner anderen sonst. Das scheint den staatlichen Informationsbeauftragten des Comité local d'information et de suivi (Ortskomitee für Information und Projektbegleitung), wie es sie seit mehreren Jahren an praktisch jedem größeren Atomstandort in Frankreich gibt, offenbar ganz selbstverständlich. So selbstverständlich, daß sie es auch noch in die Nr. 2 des Info „Lettre du CLIS“ für die Bevölkerung rund um das Atomüll-„Labor“ in Bure (NO-Frankreich) hineinschreiben: die einzigen Quellen, die sie verwenden, sind das Atomenergiekommissariat (CEA, staatliche Atomforschungs- und -entwicklungsbehörde) und die Staatliche Agentur für Radioaktive Abfälle (ANDRA), sprich die beiden Hauptbetreiber des „Labors“, das entgegen den ursprünglichen Zusicherungen an die Lokalpolitiker hochwahrscheinlich direkt in das erste Endlager für Frankreichs hochradioaktive Abfälle umgewandelt wird. So wie die CLIS nie an der Entscheidung teilnehmen können, ob eine Atomanlage überhaupt errichtet wird, sondern immer erst das beschlossene Projekt begleiten dürfen, so setzt sich das Demokratiedefizit fort, wenn es dann „begleitet“: an manchen Standorten bisweilen etwas kritischer, sind sie meist kaum mehr als der verlängerte Arm der Atomplaner, der in der Informations-Einbahn ein Eingehen auf die Fragen und Bedenken der Standortbevölkerung vorspiegeln soll. (zit. nach: Journal de la Haute-Marne, 17.11.05)

VERSAGER

„Atomkicker vor, noch ein Tor!“

Der Fußballverein TuS Gorleben läßt sich seit Jahren vom Betreiber des dortigen Atomüll-Zwischenlagers sponsern. Ginge es nach CDU-CSU und FDP und nach den AKW-Betreibern, würde im Gorlebener Salzstock trotz gravierender wissenschaftlicher Bedenken längst auch eine Lagerstätte von noch größerer Tragweite, nämlich von Ewigkeitsdimension errichtet: das deutsche Endlager für die abgebrannten Brennelemente, d.h. das Höchstradioaktive, das die A-Industrie den kommenden Generationen zu bieten hat. Auf der Werbebande am Sportplatz steht, zwischen „Autohaus Teschner“ und „Café Eismacher“: „Sichere Entsorgung zum Schutz der Umwelt – BLG“. Und natürlich prangt die „Brennelementelager Gorleben GmbH (BLG)“ auch auf den Trikots der TuS-Fußballer. Und sie sponsert auch Handballer, Gewichtheber, hat die Mehrzweckhalle u.a.m. finanziert. „Strukturhilfegeld“, offiziell. „Judaslohn“ nennen es Atomgegner. (Süddt.Ztg., 21.11.2005)

März 2006: SPD proklamiert Aufbruch ins solare Zeitalter

„Die Kernkraft kann problemlos ersetzt werden durch den raschen Ausbau erneuerbarer Energien und einen effizienten Umgang mit Strom und Wärme,“ erklärte Anfang März SPD-Parteichef Matthias Platzeck bei einer Energiekonferenz der deutschen Sozialdemokraten. Neue Technologien wie die Abscheidung von Kohlendioxid sollten dafür sorgen, dass die fossilen Brennstoffe das Klima nicht – sollte wohl heißen: weniger – schädigten.

(Quelle: Süddt. Zeitung, 7.3.2006)



SAGER

„Wir machen uns Sorgen um die schöne Landschaft“

Klagt da einer über ein Windkraftprojekt? Mitnichten. Juha JAAKOLA, 60, Vorsteher der westfinnischen Gemeinde Eurajoki, meint ein AKW und – unter anderem - seine landschaftlichen Folgen. Zum Gemeindegebiet gehört die Ostseeinsel Olkiluoto, wo die gleichnamigen Atomreaktorblöcke 1 und 2 stehen und nun die Baustelle für Nummer 3 hochgezogen wird, das erste AKW in der EU seit Jahren, der finnische Eisbrecher für die erhoffte atomare Renaissance. Das aufwendigste Industrieprojekt der finnischen Geschichte und mit 1600 Megawatt (MW) der leistungsstärkste einzelne Reaktor der Welt überhaupt wächst mit dem „Europäischen Druckwasserreaktor“ EPR (European Pressurized-Water Reactor) der Firmen Areva (F) und Siemens (D) hier heran. Auch wenn sein Gemeinderat, dank Geldsegen mehrheitlich atomfreundlich, zugestimmt hat: für die Atomskeptiker und Gemüsebauern Jaakola und seine Frau Pirjo werden ab 2009 (geplante Fertigstellung) „überall noch mehr große Strommasten sprießen, für die die Bauern Land hergeben müssen. Vielleicht nicht mehr sie, sondern die Olkiluoto-3-Betreiberfirma „TVO erntet die Früchte“, und „wir müssen um unseren Ruf bangen.“ (*Der Spiegel*, 21.11.2005)



VERSAGER

„Ihre Ansprechpartner beim EU-Wettbewerbsdirektorat sind ein Finne und zwei Franzosen.“

Die Rede ist von den Beamten der EU-Kommission, die für die Beschwerde der Rechtsanwältin Dörte Fouquet gegen wettbewerbswidrige Subventionierung des neuen finnischen AKW Olkiluoto-3 zuständig sind. Hauptlieferant für den Reaktorbau ist die französische Areva, und die finnische Regierung hat mit allen politischen und medialen Mitteln den Beschluß für den 1600-Megawatt-Giganten herbeigeführt. Kein Wunder, daß die drei zuständigen Kommissionsbeamten aus den zwei EU-Ländern der Anwältin schon vor der Entscheidung über die Beschwerde beschieden haben : an solchen Staatsgarantien ist „nichts Ungewöhnliches“. Das Nachsehen auf einem derart milliardenfach verzerrten Markt haben die Erneuerbaren Energieträger und -techniken, deren europäischer Produzentenverband EREF Anwältin Fouquet vertritt. (*Der Spiegel*, 21.11.2005)

„Verkörpern der derzeitige Bundeskanzler Schüssel und der damalige Umweltminister Molterer etwas, was man in Klartext-Deutsch WENDEHALS nennt?“

– So fragt angesichts der knieweichen österreichischen «Anti»atompolitik Detlef Chrzonsz, Bundesvorsitzender des BUNDESVERBAND CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN ATOMKRAFT (CDAK) mit Sitz in Mainz, in dem mehrere hundert «CDU/CSU-Mitglieder für die Überwindung der Kernenergie» zusammengeschlossen sind. Insbesondere das ruhmlose Ende des „Melker Prozesses“, wo BK Schüssel, Umweltminister Pröll und sein Vorgänger Molterer nicht einmal auf der Behebung der wesentlichen Sicherheitsdefizite im AKW Temelin bestanden, erinnert den deutschen Christdemokraten an die mehr oder minder geschickten, jedenfalls aber rückgratlosen Anpasser aus der ex-DDR.

hot
spots ÖSTERREICH

Land Salzburg: Mehr geförderte Ölheizungen

In Salzburg nimmt die Zahl der mit Steuergeldern geförderten Ölheizungen zu. Das brachte nun eine Landtagsanfrage der GRÜNEN an den Tag. LAbg. Cyriak Schwaighofer über die absurde Entwicklung: „Unsere Abhängigkeit vom Öl ist ohnehin schon höchst problematisch. Und jetzt stellt sich heraus, dass Wohnbaufördergelder dafür verwendet werden, diese Abhängigkeit noch weiter zu steigern! (...) Jede Ölheizung, die jetzt installiert wird, bleibt uns als Klimakiller 20 Jahre erhalten. Daran ändert auch eine verbesserte Technologie bei den Kesseln nichts. Fossile Brennstoffe sind nicht CO2-neutral und haben deshalb in der Wohnbauförderung nichts verloren.“ Dass der Fördersatz für Ölheizungen in der kürzlich novellierten Wohnbauförderung um ca. 40 Prozent reduziert wurde, sei zu wenig: „Ölheizungen kosten im Schnitt etwa die Hälfte eines Biomassekessels. Warum das Land einen solchen Ankauf mit Steuergeldern noch einmal ein Stückchen günstiger macht, ist überhaupt nicht einzusehen.“ (*Presseinformation GRÜNE Salzburg*, 2.3.2006)

hot
spots ÖSTERREICH

Melker Prozess gescheitert

Der im Dezember 2000 gestartete Melker Prozess zur Klärung noch offener Sicherheitsfragen rund um das AKW Temelin kann zum Zeitpunkt der nun geplanten Veröffentlichung des Endberichtes nur als gescheitert angesehen werden. Nach wie vor sind gravierende Sicherheitsmängel nicht oder nur unzureichend behoben worden. Ungeachtet dessen erteilte das tschechische Staatsamt für Kernsicherheit (SUJB) im Oktober 2004 die Dauerbewilligung. Allein bis zur Jahresmitte 2005 hatte das AKW schon drei Mal so lange ungeplante Abschaltungen hinter sich wie im gesamten Jahr 2004.



EU-ENERGIE ATOM-POLITIK

EUROPÄISCHE UNION / ÖSTERREICH

Ministerin Gehrler: Ja zu noch mehr Geld für A-Forschung

Das im April 2005 von der EU-Kommission vorgelegte 7. Euratom-Forschungsprogramm sieht eine massive Budget-Erhöhung für die Bereiche Kernfusion und Kernspaltung vor. Die für Österreich im EU-Forschungsrat zuständige BM Gehrler gedenkt offenbar dieser Mittelaufstockung völlig unkritisch zuzustimmen. Dies ist insofern doppelt heikel, als Gehrler damit glatt gegen einen aufrechten Nationalratsbeschluss verstoßen würde und die Verhandlungen über das EU-Atomforschungsprogramm unter österreichischer Präsidentschaft abgeschlossen werden sollen. Umweltminister Pröll hat in dieser Angelegenheit bisher geschwiegen.

Die Grünen im Nationalrat und im Europaparlament (EP) fordern einen Wechsel von der derzeit massiv geplanten Förderung von Atomenergie (insbesondere des Fusionsreaktors ITER) und sauberen Kohletechnologien hin zu Erneuerbaren und zu Energieeffizienz. Für ein im Ergebnis höchst unsicheres Projekt wie den Kernfusionsreaktor ITER sei auf der Suche nach Energie und Klimaschutz weder Zeit noch Geld zu verschwenden. Erster Fusionsstrom ins Netz in 50 Jahren – sagen die Fusionslobbyisten selber ... schon seit 1970.

EUROPÄISCHE UNION

Spricht EURATOM in IAEA für Österreich?!

Laut Europe Information Service (EIS) hat die EU-Kommission am 16. März 2006 den Rat der Minister der Mitgliedsstaaten unauffällig aber offiziell ersucht, den Weg zu öffnen für die Vollmitgliedschaft der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) innerhalb der Internationalen Atomenergie-Agentur der UNO. Bisher hat EURATOM und damit die EU-Kommission in dem UN-Gremium nur Beobachterstatus und kein Stimmrecht. Nun sollen die Brüsseler Zentralstellen laut Kommissionsvorschlag in allen Angelegenheiten, die unter den EURATOM-Vertrag und daraus abgeleitete EU-Richtlinien usw. fallen, für die EU(RATOM)-Mitgliedstaaten sprechen und stimmen können. Österreichs Antiatompolitik-Möglichkeiten wären hintenherum um ein weiteres Stück ausgehebelt.

! PLAG E AKTIV !

Die PLAG E fordert in einem Brief an die Bundesregierung und an die Klubobleute der Parlamentsparteien, diesem „atompolitischen Souveränitätsverlust“ eine Absage zu erteilen.

EUROPÄISCHE UNION

EU-Aufbaubank Ost: Geld für Nachrüstung und Laufzeit- verlängerungen von A-Anlagen?

In einem Entwurf für eine Neufestlegung ihrer Energiepolitik sieht die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Osteuropa (EBRD) vor, Hochrisiko-Atomanlagen in Betrieb mit Krediten zu unterstützen, wenn es um Verbesserungen der Sicherheit (im Klartext: Nachrüstungen) oder um den sicheren Umgang mit atomarem Abfall bzw. verbrauchten Kernbrennstoff geht. Die Ostaufbau-Bank, der im übrigen auch Kanada und die USA angehören, will diese Finanzierungen nicht mit Stilllegungsterminen der Hochrisiko-Reaktoren junktimieren.

(Quelle: EBRD-Webseite, März 2006)

EURO-BAROMETER

EU-Bürger/innen: Mehr Klimaschutz ja, aber nicht durch Atomenergie!

Am 24. Jänner 2006 veröffentlichte die EU-Kommission ein aktuelles „Eurobarometer“ zu Energiefragen. Eine überwältigende Mehrheit der EU-Bevölkerung tritt ein für den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Vorrang für: Sonnenenergie 48%, Windenergie 31%.

Nur 12% befürworten eine stärkere Weiterentwicklung der Kernenergie.

(Quellen: EU-News 26.1.2006; VDI-Nachrichten 3.2.2006)

Doch: Bevölkerungsmeinung – uns egal! – Demokratie der EU-Regierungen?!?

DEUTSCHLAND / EU

Umweltminister Gabriel verdamm t EU-Grünbuch Energie



Nicht nur die Grünen EU-Abgeordneten Rebecca Harms (D) und Claude Thurnes (LUX) haben Mitte März die EU-Kommissionsvorschläge für eine gemeinsame EU-Energiepolitik („Grünbuch Energiepolitik“) scharf kritisiert. Auch für den SPD-Nachfolger von Jürgen Trittin im deutschen Umweltressort, Sigmar Gabriel, kommen darin die erneuerbaren Energien und die Klimapolitik viel zu kurz. Überdies stelle die Union nach wie vor zu viel Geld für das Auslaufmodell Atomenergie bereit und zu wenig für die Entwicklung der Erneuerbaren.

Von Schüssel & Co. kein Widerstand gegen Pro-Atom-Taktik



„Die österreichische Präsidentschaft (hat) der Pro-Atom-Lobby nachgegeben“, kritisierten die energiepolitischen Sprecher der Grünen im EU-Parlament, Claude Thurmes (LUX) und Rebecca Harms (D), am Tag nach dem EU-Frühjahrgipfel in Wien (24.3.). Die österreichische Regierungsrige handelte dabei nach schon bekanntem Muster: ein stereotypes Antiatom-Lippenbekenntnis ohne viel Inhalt für Medien und Volk nach außen, kein Widerstand gegen Weichenstellungen pro Atom im inneren Verhandlungszirkel bei den konkreten Maßnahmen. Indem der schöne Begriff „emissionsarme Technologien“ in den abschließenden Text der Staats- und Regierungschefs aufgenommen wurde, werden **„Tür und Tor für die Finanzierung von Atomtechnologien“** im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geöffnet, so Harms/Thurmes. „Anders als häufig behauptet, werden die meisten Gelder nicht in die Erneuerbaren fließen, sondern an die Atomenergie.“

Hochrangige EU-Gruppe für Energiepolitik



Am 28.2.2006 trat die von der Europäischen Kommission eingerichtete „hochrangige Expertengruppe für Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt“ erstmals zusammen. Vorausgegangen waren hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen um ihre Zusammensetzung: Claude Thurmes, luxemburgischer grüner EU-Abgeordneter, warf der Kommission u.a. vor, mit Siemens und der französischen AREVA gleich zwei Atomkonzerne in das Beratergremium aufnehmen zu wollen. Die Gruppe zählt nun 26 Mitglieder, darunter auch Österreichs Wirtschafts- und Energieminister Bartenstein. Sie umfaßt bloß zwei NGO-Repräsentanten, nämlich James Leape, Generaldirektor des WWF und Mikael Karlsson, Präsident des European Environmental Bureau/EEB. Das EEB in Brüssel wird von den großen europäischen Umweltorganisationen, der „G(rünen)10“, getragen. Die G10 kritisiert, dass die EU-Expertengruppe nach wie vor von großen Energieverbrauchern und traditionellen Energieversorgungsunternehmen dominiert ist. **Unternehmen aus den Sektoren Energieeffizienz und Erneuerbare sind ebensowenig vertreten wie Organisationen aus den Bereichen Konsumentenschutz, Gesundheit und Forschung.**



Der PLAGEAKTIV-COUPON

→ ABO bestellen ·

Mitglied werden · Mitarbeiter

- Förderndes Mitglied* € 37,-
- Aktives Mitglied* (Normalverdiener) € 19,-
- Aktives Mitglied* (Studenten/Schüler) € 8,-
- PN-Abonnement (keine Mitgliedschaft) € 8,-
- Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte mich aktiv an der PLAGE-Arbeit beteiligen

* = Jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Zeitungs-Abo

→ Strahlenpass bestellen

Ich bestelle den Strahlenpass per Nachnahme

- 1 Stück zu € 10,-
- Stück (minimum 4 Stück) zu je € 6,-

Vorname

Zuname

Straße

PLZ/Ort

Telefon

e-mail

Ausschneiden und einsenden an:

PLAGE, Nonntaler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg
oder per Fax 0662/643567

Bestellung im Online-Shop: www.plage.cc



SCHON DRAN GEDACHT? DEN SAMMLERN SEI DANK! 1 MILLION Unterschriften gegen Atomenergie in der EU!

Mein Team,
ich will auch diese Unterschriften zuschicken, die ich seit ca. 3 Monaten überall sammle. Ich weiß es ist ein Tropfen auf den heißen Stein, aber ich bin überzeugt davon, dass es mit einem Tropfen beginnt und einem Meer endet. :-)
Also ich wünsche auch viel Erfolg mit diesen Unterschriften und ich spreche im Namen aller, wenn ich sage - Atomkraftwerke - nein dankt!
Wenn ihr weiter mal Hilfe braucht, meine Adresse ist: Iris Hanbeck, ...
ganz viele liebe Grüße
eure Iris Hanbeck

N.B.: Zuschriften ohne Absender können wir bedauerlicherweise nicht veröffentlichen. – Ob Ing. Peter Aigner in Osttirol, der Umweltschutzverein BI Eggerwerk (Tirol) oder eine ganze Reihe anderer: die PLAGE dankt allen, die sich seit PN 3/05 ins Zeug gelegt haben, um zur Petition „1 Million Europäer verlangen den EU-Atomausstieg“ beizutragen. Es sind eine Menge zusätzlicher Unterschriftenlisten eingeschickt worden, nachdem vor geraumer Zeit eine erste Welle gestartet wurde. Der Tschernobyl-Jahrestag 2006 soll einen neuen Schub für die Aktion bringen, der bis zum Herbst fortwirkt: **Ende der Kampagne und Sammelfrist: 1. Oktober 2006.**

MENASSE ROBERT

Der Schriftsteller und Essayist Robert Menasse und der ehemalige Leiter der Katholischen Sozialakademie, Herwig Büchele SJ, haben bei Veranstaltungen in Salzburg gegen A-Energie und für Erneuerbare in der EU unterschrieben.

! SELBER AKTIV !

Unterschriftenlisten sind nach wie vor im PLAGE-Büro erhältlich. Die Petition kann aber auch online unterschrieben werden: www.atomstopp.com.

TERMINE



15.-16.4., Cherbourg (F): Großdemonstration gegen den EPR in Flamanville

Frankreichweit und darüberhinaus ruft das französische Netzwerk Sortir du Nucléaire zum 20. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl zu einer Großkundgebung gegen den von der Regierung beschlossenen ersten Reaktorbau in Frankreich seit Jahren auf. Die Areva, der weltgrößte Atomkonzern (aus ex-Framatome u.a. Atomfirmen), will unbedingt im eigenen Land ein Vorzeigee exemplar des sog. „Euro-Reaktors“, genauer „Europäischer Druckwasser-Reaktor“ (EPR). Wohlweislich haben Regierung und Electricité de France (EDF) einen bestehenden AKW-Standort, Flamanville an der normannischen Küste, gewählt, wo nahezu die gesamte örtliche Wirtschaft und Bevölkerung inzwischen am Atom-Tropf hängt und kaum Widerstand entwickeln dürfte. „Sortir du nucléaire“ verlangt die Rücknahme des EPR-Baubeschlusses.

Der Mobilisierungserfolg vergangenen Herbst gegen das, wie von den Atomgegnern von Anfang an vorhergesagt, zunehmend zum tatsächlichen französischen Lager für hochradioaktiven Abfall hochstilisierte Atommüll-„Labor“ in Bure (Nordostfrankreich) stimmt einigermaßen optimistisch für Cherbourg im April. Gegen das Endlagerprojekt in Bure hatten sich am 25. 9. 2005 mit 6.000 Teilnehmern eine für diese Gegend hohe Zahl von Demonstranten in den Straßen der Departement-Hauptstadt zu einem außerordentlich aktiven Protestzug versammelt. Inzwischen jammern mehr und mehr Lokalpolitiker, die sich nur allzu willfährig von ihren hohen Parteibrüdern in Paris haben ein-kochen lassen, daß die mannigfachen Versprechungen in puncto Arbeitsplätzen und regionaler Wirtschaftsbelebung nicht eingetroffen sind und man sie verschaukelt habe.

15.-26.4.: Marsch von AKW zu AKW in Belgien

For Mother Earth/Freunde der Erde-Belgien ruft dazu auf, auf einer Strecke von 150 km von Doel, einem Atomstandort bei Antwerpen, zum AKW Tihange nahe der Industriestadt Namur den 20. Jahrestag von Tschernobyl zu be„gehen“. Während des Fußmarsches wird auf die vielfältigen Probleme, die mit der Atomwirtschaft einhergehen, und auf die besseren Energielösungen aufmerksam gemacht. (<http://www.motherearth.org/tour/>)

13.-20.8.: Internationales Antiatom-Sommercamp in Südwest-Frankreich (Dordogne)

Eine multikulturelle Begegnung und ein Fest für Aktivisten. Zelt, Schlafsack, Information zum Austausch mit anderen (Artikel, Videos etc.), Musikinstrumente, positive Energien usw. mitbringen. Info zu Themen, Essen, Kosten bei: André Larivière, Tel: 0033/4/ 71 76 36 40 od. 0033/6/ 76 69 54 98, eM: andre.lariviere@sortirdunucleaire.fr (frz., engl., leidlich dt.).

22.4., 23.25 Uhr, ARTE-TV:

„Metropolis: 20 Jahre nach Tschernobyl“

Am 26. April 1986 steigt der Fotoreporter Igor Kostin in einen Hubschrauber. Er ahnt noch nicht, dass seine Bilder die ersten Zeugnisse der interkontinentalen Atomkatastrophe von Tschernobyl sein werden. Hier erzählt Kostin „von den Geschichten, die hinter den Bildern stehen“, die ihm 20 Jahre Beobachtungen über Tschernobyl zugetragen haben. Und er schaut besorgt in eine Zukunft, die der Atomlobby mehr Spielraum gibt - statt weniger! Nicht nur Bushs USA, Russland, Frankreich, Großbritannien oder die Türkei, sondern etwa auch der deutsche Wirtschaftsminister Glos (CSU) liebäugelt gegenwärtig mit dem Bau von AKWs in großem Stil. Eine Mahnung gegen den möglichen „Ausstieg vom Ausstieg“ kommt auch vom Kinofilm „Die Wolke“, nach dem packenden gleichnamigen Buch, das Gudrun Pausewang nach Tschernobyl schrieb. Gerade als „besonders wertvoll“ eingestuft, läuft er bereits in deutschen Kinos – ein Film für alle, besonders aber auch für Jugendliche, so wie das Buch.

24. August 2005

PLAGE-Geist 1 blockiert Grenze mit "atomstopp"-OÖ

Die tausenden Einwendungen gegen das Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente beim AKW Temelin wurden bei der Anhörung einfach übergangen. Die Arroganz der Atom-Gemeinde kommt am krasssten im Sarkasmus von Doz. Ing. Vera Krizova auf S. 60 ihres Gutachtens zum Ausdruck: "Die einzige praktisch beobachtbare Auswirkung (des Zwischenlagers) auf die Bevölkerung besteht in der Qualität der Informationen, die die Bevölkerung über die mit dem Betrieb der Nuklearanlagen zusammenhängenden Risiken bekommt." Strahlenfachmann Dr. Franz Daschil und die stv. Obfrau Maria Fellner hatten die PLAGE bei der "Anhörung ohne Gehörtwerden" vertreten. Auf dem Bild Dr. Daschil bei einer spontanen Protestkundgebung nach Verlassen des Hearings.



leben!" – demonstriert unter tatkräftiger Mitwirkung von PLAGE-Aktionsleiter Thomas Neff auf innovative Weise die unzulängliche Antiatom-Politik der derzeitigen Regierung: Genau vor dem Parlament in Wien streikt der Sattelschlepper, der zwei Schrottautos – symbolhaft für zwei Schrottreaktoren, siehe Temelin – auf der Ladefläche mitführt. Rauch hüllt den Sattelschlepper ein, der folgende Autostau sperrt die Straße von selbst. Nichts geht mehr! Die gut 60 angereisten Demonstranten nützen die Gunst der Stunde: es kommt zu einer Demonstration gegen Temelin im Sperrbezirk rund ums Parlament! Wie durch ein Wunder ist die Fahrtauglichkeit des LKW nach 45 Minuten wiederhergestellt und die Blockade der Ringstraße damit aufgehoben. Weiter geht die Fahrt zum ursprünglichen Demonstrations-Ort...

getverhandlungen im Salzburger Gemeinderat für 2006 die Klubobfrau der ÖVP, Claudia Schmidt, einen Keulenschlag geführt hatte: Vom Budgetvoranschlag von 8... € – wieder leicht beschnitten gegenüber 2005 – wollte sie 5.000,- € wegkürzen. Es kam letztlich nicht dazu. Nicht zuletzt dank dem Einsatz von Bürgerliste-Klubobmann Helmut Hüttinger. Für den PLAGE-Vorstand war dies aber Anlaß, mit der Chefin der ÖVP-Riege ein eingehendes Gespräch zu führen und gegebenenfalls auch auf Konfrontation zu gehen. Schmidt bot nicht nur rasch Termine an. Sie stellte sich als echt interessiert an der PLAGE-Arbeit heraus. Selten stellt sich bei politisch Verantwortlichen so eindrücklich heraus, dass Nichtwissen zweitrangig ist, wenn die Bereitschaft besteht, sich informieren zu lassen. Und dass Vereine u.ä. auch eine gewisse Bringschuld haben: „Hätten Sie mir das früher erzählt, wäre ich gar nicht auf den Gedanken einer Kürzung der Förderung gekommen!“ Dem ist nun abgeholfen: Neben der Erinnerung an einige „historische Leistungen“ der PLAGE und zB entsprechenden Preisverleihungen von seiten offizieller Stellen, lieben die Schilderungen zB zum Röntgen-/Strahlenpaß, zu radioaktiven Uhren, Weckern und ÖBB-Lok-Tachometern, zu den nach wie vor laufenden, zähen Rechtsschritten gegen Temelin bzw CEZ/Westinghouse, oder aus jüngerer Zeit zur Anbahnung der Ökostrombörse Salzburg (> s. rechte Spalte) die oft jahrelange Knochenarbeit sichtlich erahnen. Die vorsprechenden PLAGE-Geister Fellner, Neff und Stockinger freute Schmidts Schlußsatz: „Meine Unterstützung beim nächsten Budget haben Sie.“

Reiner Tisch statt Konflikt um „Öko-StromBörse Salzburg“

Zur „ÖkoStromBörse Salzburg“, an deren Entstehen sich die PLAGE in monatelangen Vorbereitungen und Verhandlungen beteiligt hat, ist für die PLAGE-Mitglieder und -Leserschaft ein eigener PN-Schwerpunkt geplant. Sie haben ein Anrecht auf eine Erklärung dieses Wagnisses: Zusammenarbeit mit der Salzburg AG (SAG) für mehr Ökostromanlagen im Land. Das Erscheinen besagter PN: eine reine Zeitfrage...



Immerhin aber liegt seit 21. März das zwischen allen Teilnehmern akkordierte Protokoll des klärenden Gesprächs vor, das am 27. Februar – auch auf besonderes Betreiben der PLAGE – in Salzburg zur Kritik seitens der übrigen Ökostromszene stattfand. Unter der Moderation von Dr. Herbert Greisberger (Öst. Gesellschaft für Umwelttechnologie / ÖGUT) verlief die Unterredung zwischen Ulfert Höhne, Vorstandsvorsitzendem des größten österreichischen Ökostromerzeugers OekostromAG, und mehreren Vertretern der Salzburger und der Vorarlberger ÖkoStromBörse ausgesprochen verständnisbereit. Sie dürfte die Grundlage sein für ein gutes weiteres Zusammenwirken innerhalb der „Ökostromszene“, Salzburger ÖkoStromBörse miteingeschlossen.



6. Dezember 2005

PLAGE-Geist 2 mit „atomstopp“-LKW vor Parlament

Eine Aktion der oö. Plattform – „atomstopp – atomkraftfrei

20. Februar 2006

Salzburg Gemeinderat ÖVP-Unterstützung statt Subventionskürzung!

Seit Jahren wird die Förderung der Stadt Salzburg für die Antiatomarbeit mal mehr, mal weniger, aber kontinuierlich gekürzt. Just nach der gelungenen Atom-Völkerrechtskonferenz Ende Oktober 2005 mußte die PLAGE erfahren, dass bei den Bud-

Heimat des neuen Papstes ist Solarweltmeister!

Stadt und Landkreis Traunstein – Heimat von Papst Joseph Ratzinger – erzeugen weltweit pro Kopf am meisten Solarstrom. Rund 57,2 Watt – sieben Mal so viel wie der deutsche Bundesdurchschnitt – werden hier aus Fotovoltaikanlagen gewonnen.



Auch die Nachbarlandkreise Rosenheim und Berchtesgardener Land haben beim Sonnenstrom die Nase vorn – 32,9 Watt bzw. 19 Watt pro Kopf und Tag fließen als umweltfreundlicher Sonnenstrom ins Netz. Allein in den letzten fünf Jahren wurden in den drei Landkreisen mehr als 2500 Fotovoltaikanlagen mit einer Leistung von 21,1 Megawatt installiert. Möge diese Entwicklung auch das benachbarte Österreich beflügeln! Und der Vatikan, der stets eher atomfreundlich aufgetreten ist.

(Mitteilung der Bayerischen Solarinitiativen, Anfang 2006)

Mongolei: Interesse an österreichischer Windkraft

Eine Wirtschaftsdelegation aus der Mongolei besuchte kürzlich Österreich, um sich über erneuerbare Energieformen zu informieren. Dabei wurden auch zwei Windparks besucht. Die asiatischen Gäste waren dabei besonders vom Erdöl- und Emissionseinsparungspotential begeistert. (Quelle: Ökoenergie 59, 2005)

Koalition + SPÖ killen Ökostrom

Nach Einigung im Wirtschaftsausschuß zwischen ÖVP/BZÖ und SPÖ im November 2005 wurde von der Parlamentsmehrheit beschlossen, den jährlichen Zuwachs der Förderung für Investitionen in Ökostromanlagen im neuen Ökostromgesetz mit 17 Mio. EURO zu deckeln. Für Ökostrom-Branche, Umweltgruppen und Grüne läuft dies auf eine Kürzung der Förderungen um 80% hinaus. Mitverantwortlich für diese ökostromfeindliche Ökostrom-Novelle sind auch Stellungnahmen von SPÖ-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller und Salzburg AG.

Dazu paßt : Der österreichische Stromregulator Walter Bolz wurde soeben als Chef der E-Control weiterbestellt. Bolz hat seit Bestehen der E-Control nie gegen Atomstromimport und Atomstrom-Autobahnen (neue 380kV-Leitungen), dafür umso häufiger gegen heimischen Strom aus Erneuerbaren Energien (EE) Stellung bezogen.



VERSAGER

„Konditionen, von denen Betreiber von Windkraft- oder Biogasanlagen nur träumen können.“

Wie andere europäische Banken auch, hat die Bayerische Landesbank – unter dem gnädigen Auge der Brüsseler Wettbewerbs„hüter“, – den umstrittenen ersten EU-Atommeiler seit Jahren, den „Euro-Reaktor“ EPR auf der Insel Olkiluoto an der Westküste Finnlands, subventioniert. Mit Geld der bayerischen Landesbürger hat sie sich an einem Milliardenkredit für den Atommeiler beteiligt, für den die AKW-Betreiberfirma TVO himmlisch niedrige Zinsen von 2,6% bezahlt. Welcher Mittelständler, aber auch welche Großfirma in weniger sensiblen Industriebranchen, welcher Bürger als Kreditnehmer bekäme einen solchen Zinssatz? (Der Spiegel, 21.11.2005)

PLATTFORM NEWS IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff

Vereinsadresse, Redaktion: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. Bürozeiten: Mo-Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc.

Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform
gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: www.plage.cc